

Zeit und Raum als basale Problemfelder der Krise der Demokratie

BENJAMIN SCHMID

Time and Space as Basal Problem Areas of the Crisis of Democracy

Abstract: The current phenomena of the crisis of democracy are the result of a distorted perception of time and space. The foundations for democratic forms of political order have been disintegrating as a result of acceleration processes since the Industrial and the French Revolution. In reaction to this dissolution, it is necessary to counteract acceleration with a restrainer that offers the possibility of regaining time and space for democracy. This text presents time and space as basis for the political sphere, designates the effects of the disturbed perception of time and space, and discusses ways of countering this disturbance.

Keywords: crisis, democracy, time and politics, space and politics, acceleration, basic income

I. Einleitung

Es liegt in ihrem Wesen, dass die Demokratie immer mehr Krise als Nicht-Krise ist; immer ist sie gefährdet und angefochten.¹ Zumindest insofern man sie als mehr versteht als nur eine politische Ordnungsform, die Legitimation über Wahlen erzeugt. Denn zum Wesen der Demokratie gehören auch bürgerliche Freiheitsrechte und effektive Regierungsgewalt, ein System der Gewaltentrennung und -kontrolle sowie politische Partizipationsrechte im öffentlichen Raum, Elemente also, die sich nicht immer in einem Gleichgewicht befinden.²

1 Hans Vorländer, *Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien*, München 2. Aufl. 2010, 12 und 119.

2 Wolfgang Merkel, Herausforderungen der Demokratie, in: *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, hg. von Wolfgang Merkel, Wiesbaden 2015, 7–42 (14–21).

Für die Bundesrepublik Deutschland beispielsweise wurden wieder und wieder Krisen festgestellt. Wiederholt wurde etwa gefragt, ob Bonn, ob auch Berlin ein neues Weimar werde. Weswegen der Bundesrepublik ein reflexartig beschworenes „Weimar-Syndrom“³ wie auch ein „Weimar-Komplex“⁴ diagnostiziert wurde. Der bereits in den 50er Jahren gegebene Befund Fritz René Allemanns „Bonn ist nicht Weimar“ war offenbar nicht überzeugend.⁵ In den 60er Jahren wurde eine Krise der Demokratie im Zuge der Notstandsgesetzgebung festgestellt;⁶ in den 70er, 80er und 90er Jahren war die Rede von einer Krise des Parteiensystems, das Parteien- sogar Politikverdrossenheit nach sich ziehe.⁷ Krisen schließlich auch in der jüngeren Vergangenheit. Vom Abdriften in einen postdemokratischen Zustand ist hier etwa die Rede, in dem politische Entscheidungsprozesse von ökonomischen Interessen okkupiert werden;⁸ oder vom Zerfall der Demokratie und der Bedrohung des Rechtsstaats durch den Populismus;⁹ weniger drastisch und doch krisenhaft wird von westlicher Demokratie gene-

3 Volker Ullrich, Das Weimar-Syndrom. Zur Geschichte und Aktualität der Parteienverdrossenheit in Deutschland, in: *Extremismus und Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation*, hg. von Hans-Martin Lohmann, Frankfurt a. M. 1994, 51–69 (67–68).

4 Sebastian Ullrich, *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959*, Göttingen 2009, 15.

5 Fritz René Allemann, *Bonn ist nicht Weimar*, Köln, Berlin 1956, 411.

6 Äußerte sich die Kritik an den Notstandsgesetzen zuerst noch in Form einer befürchteten Aushöhlung des Grundgesetzes, wurde das Vokabular später schärfer und es wurde etwa auch vor einem „neuen Faschismus“ und „Präfaschismus“ gewarnt. Maren Krohn, *Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze*, Köln 1981, 58–60 und 288. Weiter beispielsweise auch Michael Schneider, *Demokratie in Gefahr. Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968)*, Bonn 1986, 113.

7 Rolf Ebbighausen, Legitimationskrise der Parteiendemokratie und Forschungssituation der Parteiensoziologie, in: *Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, hg. von Jürgen Dittberner / Rolf Ebbighausen, Opladen 1973, 13–32 (30). Christian Graf von Krockow / Peter Lösche, Vorwort, in: *Parteien in der Krise. Das Parteiensystem der Bundesrepublik und der Aufstand des Bürgerwillens*, hg. von Christian Graf von Krockow / Peter Lösche, München 1986, 7–9 (7–8). Die in den 90er Jahren attestierte Politikverdrossenheit sei zwar nicht neu, aber auch mehr als eine bloße Mode. So konstatiert Jürgen Rüttgers, *Dinosaurier der Demokratie. Wege aus der Parteienkrise und Politikverdrossenheit*, Hamburg 1993, 12. Ähnlich spricht auch Günter Rieger von einer allgemeinen Parteienverdrossenheit, die aber die Demokratie noch nicht infrage stelle. Günter Rieger, „Parteienverdrossenheit“ und „Parteienkritik“ in der Bundesrepublik Deutschland, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 3 (1994), 459–471 (459 und 470). Skeptisch zum Befund der Parteien- und Politikverdrossenheit in den 90er Jahren Christof Erhart / Eberhard Sandschneider, Politikverdrossenheit: Kritische Anmerkungen zur Empirie, Wahrnehmung und Interpretation abnehmender politischer Partizipation, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 3 (1994), 441–458. Angemerkt wird etwa, dass im Begriff der Politikverdrossenheit komplexe Zusammenhänge vereinfacht würden und damit eine verzerrte Wahrnehmung politischer Realität hergestellt werde. Ebd. 451.

8 Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt a. M. 2008, 10–11.

9 Yascha Mounk, *Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*, München 2018, 7–9. Der Autor befürchtet etwa, dass sich zwei Befunde stellen lassen: (a) vielerorts habe sich ein System des Rechts ohne Demokratie etabliert, (b) dem nun ein System der Demokratie ohne Recht entgegengestellt werden. Ob es den Verteidigern der liberalen Demokratie gelinge diese politische Ordnung zu erhalten, bliebe daher vorerst fraglich. Ebd. 292–293.

rell schließlich derart gesprochen, dass sie ihren historischen Höhepunkt inzwischen überschritten habe und sich nun allmählich auf dem absteigenden Ast befinde, gewissermaßen in ihrer *mid-life crisis* angekommen sei.¹⁰

Allenthalben und zu allen Zeiten also Krisen. Dabei könnte man es belassen und gegenwärtige Geschehnisse als übliche Abweichung von einem Ideal abtun. Fraglich ist dann allerdings, ob eine auf Dauer gestellte Situation der Krise überhaupt noch Krise sein kann? „Krisen können kein Dauerzustand sein“, befindet Wolfgang Merkel.¹¹ Differenzierter dahingegen die Betrachtung bei Reinhart Koselleck, der in der Begriffsgeschichte drei semantische Modelle von Krise unterscheidet. Krise könne „einen einmaligen sich beschleunigenden Vorgang bezeichnen“; sie könne als letztentscheidender Zukunfts begriff die schlechthin finale Krise der Geschichte meinen, die sich im Jüngsten Gericht offenbare; schließlich kann sie auch einen Prozessbegriff bezeichnen: Geschichte als Dauerkrise, die Weltgeschichte als das Weltgericht.¹² Auf das letztgenannte semantische Modell von Krise wird sich das Folgende stützen.

Gegenwärtig erleben wir Symptome einer fundamentalen Krise, resultierend aus einer aus den Fugen geratenen Wahrnehmung von Zeit und Raum.¹³ In drei Schritten gilt es sich mit diesem Befund zu befassen: Zuerst wird auf die basale Bedeutung von Zeit und Raum für das Politische eingegangen. Sodann sollen Auswirkungen der durch Beschleunigung bewirkten Störung von Zeit und Raum erörtert werden. Schließlich ist eine Antwort auf die Frage nach der Bewertung dieser Störung für die Demokratie zu finden. In der Einführung eines Aufhalters, der eine grundlegende Umgestaltung der Arbeitswelt und der durch sie erzeugten Ereignisdichte bewirkt, wird das Potential gesehen der Krise der Demokratie zu begegnen.

10 David Runciman, *How Democracies End*, London 2018, 216–218.

11 Wolfgang Merkel, Schluss: Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung?, in: *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, hg. von Wolfgang Merkel, Wiesbaden 2015, 473–498 (473).

12 Reinhart Koselleck, *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache. Mit zwei Beiträgen von Ulrike Spree und Willibald Steinmetz sowie einem Nachwort zu Einleitungsfragmenten Reinhart Kosellecks von Carsten Dutt*, Frankfurt a. M. 2006, 207–208.

13 Die räumlichen und zeitlichen Erfordernisse der Demokratie skizziert etwa Herfried Münkler, Verkleinern und Entschleunigen oder die Partizipationsformen neu arrangieren? Beratungszeit und Handlungsmacht: antike und moderne Demokratie, in: *Die Zukunft der Demokratie. Kritik und Plädoyer*, hg. von Friedrich Wilhelm Graf / Heinrich Meier, München 2018, 83–119 (86–88). Vgl. auch die Veränderungen zum Moment der Demokratie bei Crouch (Fn. 8), 35–36. Zur Frage nach der räumlichen Größe der Demokratie etwa auch Dirk Jörke, dessen zentrale These von einem Verlust demokratischer Herrschaftsausübung in supranationalen Räumen ausgeht. Dirk Jörke, *Die Größe der Demokratie. Über die räumliche Dimension von Herrschaft und Partizipation*, Berlin 2019, 10–13.

II. Zur Bedeutung von Zeit und Raum für das Politische

Als klassisches Motiv politischer Gründungserzählungen ist seit der Antike die Raumnahme Bestandteil der Bildung politischer Ordnungsformen. Mit der Raumnahme eng verwoben ist die Trennung eines *Wir* von einem *Sie*. Entsprechende Befunde für die Bedeutung beider Elemente bei der Gründung einer Gemeinschaft finden sich bei den antiken Griechen, etwa bei Homer, Heraklit und Herodot,¹⁴ finden sich weiter im Gründungsmythos Roms,¹⁵ in der biblischen Erzählung von Kain und Abel, im politischen Denken des Mittelalters und der Neuzeit.¹⁶

Zu der nach außen gerichteten Exklusion gehört die nach innen gerichtete Inklusion durch die Erzeugung eines für die Politik vorgesehenen öffentlichen Raums. Dem eingenommenen Raum wird durch Architektur eine Form gegeben. Sei es durch Mauern, Plätze oder Repräsentationsbauten. In dieser Form materialisiert sich Macht und wird politische Herrschaft repräsentiert. Architektur wird damit zu einem Versuch, sich der Herrschaft der Zeit zu entziehen und politische Herrschaft auf Dauer zu stellen.¹⁷ Rückwirkend formt der architektonisch gestaltete Raum wiederum auch die in ihm verortete Gesellschaft.¹⁸ Auf Partizipation beruhende politische Ordnungsformen

14 Bei Homer, Herodot und Heraklit sind die Mauern Identifikationsmerkmal der Polis und werden teils auch als das Gewährsmittel autonomer Existenz der Polis ausgewiesen: Homer, *Odyssee. Griechisch und deutsch. Übertragen von Anton Weier. Mit Urtext, Anhang und Registern. Einführung von A. Heubeck*, München 6. Aufl. 1980, VI,7–10, 157. Herodot, *Historien. Erster Band: I–V. Griechisch-deutsch. Herausgegeben von Josef Feix*, München 1963, IV,46, 537. Herodot, *Historien. Zweiter Band: Bücher VI–IX. Griechisch-deutsch. Herausgegeben von Josef Feix*, München 1963, VII,140–144, 969–975. Hermann Diels / Walther Kranz (Hg.), *Die Fragmente der Vorsokratiker. Bd. 1*, Dublin, Zürich 14. Aufl. 1969, 22 B 44, 160. Heraklit, *Fragmente. Griechisch und deutsch. Herausgegeben von Bruno Snell*, München, Zürich 8. Aufl. 1983, B 114, 35.

15 Plutarch, *Große Griechen und Römer. Bd. 1. Eingeleitet und übersetzt von Konrat Ziegler*, Zürich, Stuttgart 1954, Romulus 10–11, 87–89. Titus Livius, *Römische Geschichte. Buch I–III. Lateinisch und deutsch herausgegeben von Hans Jürgen Hillen*, München, Zürich 2. Aufl. 1991, I,6,3–I,7,3, 23. Ovid, *Fasti. Festkalender. Lateinisch – deutsch. Auf der Grundlage von Wolfgang Gerlach neu übersetzt und herausgegeben von Niklas Holzberg*, Düsseldorf 3. Aufl. 2006, III,59–72, 101–103 und IV,807–848, 193–195. Properz, *Gedichte. Lateinisch und deutsch von Rudolf Helm*, Berlin 2. Aufl. 1978, IV,1,56–57, 199.

16 1. Mose, IV,16–17. Für Mittelalter und Neuzeit exemplarisch: Hrabanus Maurus, *De Universo libri vincti duo, Opera omnia (PL 111)*, Bd. 5, Paris 1864, 384. Ibn Khaldūn, *Die Muqaddima. Betrachtungen zur Weltgeschichte. Aus dem Arabischen übertragen und mit einer Einführung von Alma Giese. Unter Mitwirkung von Wolfhart Heinrichs*, München 2011, V,24, 376. Leon Battista Alberti, *Zehn Bücher über die Baukunst. Ins Deutsche übertragen, eingeleitet und mit Anmerkungen und Zeichnungen versehen durch Max Theuer*, Darmstadt 1975, IV,1, 179–180. Jean-Jacques Rousseau, *Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen. Aus dem Französischen übersetzt und herausgegeben von Philipp Rippel*, Stuttgart 2008, 74. Carl Schmitt, *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum*, Berlin 5. Aufl. 2011, 36–38. Vgl. hierzu auch Benjamin Schmid, *Kommentar: Bürgererfahrung und das politische Denken in der mittelalterlichen Aristoteles-Rezeption*, in: *Zur Geschichte des politischen Denkens. Denkweisen von der Antike bis zur Gegenwart*, hg. von Dirk Lüddecke / Felicia Englmann, Stuttgart, Weimar 2014, 51–71 (52–57).

17 Marc Augé, *Nicht-Orte*, München 4. Aufl. 2014, 65–66.

18 Als die politischste aller Künste sei seit jeher die Architektur anzusehen, so Klaus von Beyme, *Die Kunst der Macht und die Gegenmacht der Kunst. Studien zum Spannungsverhältnis von Kunst und Politik*, Frankfurt a. M. 1998, 311.

etwa finden ihre Verortung historisch auf der Agora, dem Forum, der Piazza.¹⁹ Diese Form sich im öffentlichen Raum vollziehender politischer Willensbildung und -äußerung findet ihren Ausdruck zum Teil noch heute, man denke etwa an die Geschehnisse auf dem Majdan-, Tahrir- oder Taksim-Platz, in Kiew, Kairo und Istanbul. Vorrangig jedoch ist der für Politik relevante öffentliche Raum heutiger großräumiger Formen politischer Ordnung der Raum der Parlamente beziehungsweise der durch die Massenmedien vermittelte, geformte und erzeugte Raum. In ihnen verortet sich Politik.²⁰

Getrennt wird schließlich nicht allein eine Gemeinschaft von der anderen, sondern auch das Individuum von der Gemeinschaft. Erst die Trennung des *oikos* von der *polis*, die Trennung des privaten Raums vom öffentlichen Raum, gibt gerade demokratischer Politik ihre topologische *differentia specifica*. Insbesondere der durch die eigenen vier Wände erzeugte Raum ist von grundlegender Bedeutung für bürgerliche Freiheitsrechte.²¹

Neben diese topologische tritt eine chronologische Dimension als grundlegend für Politik. Drei Aspekte der chronologischen Dimension sind folgend hervorzuheben: Erstens gehört Herrschaft über die Zeit zum Instrumentarium der Politik. Zeit fungiert als Ordnungsfaktor und dient der Ausübung von Macht. Zum Beispiel sind im Setzen von Fristen und Ultimaten, aber auch in der Etablierung einer kollektiv verbindlichen Zeitrechnung, Ausdrucksformen einer solchen Herrschaft über die Zeit zu erkennen.²² Die Vereinheitlichung der Zeit bewirkt weiter eine Normierung sozialen Verhaltens.²³ Zugleich ist Herrschaft über die Zeit auch symbolisches Ausdrucksmittel

19 Die Agora nennt als das bestimmende Merkmal der Polis der Perserkönig Kyros II. in Herodot (Fn. 14), I,153, 143. Hierzu und zur Etymologie der Agora siehe Frank Kolb, Agora, in: *Der neue Pauly. Enzyklopädie der Antike*. Bd. 1: A-Ari, hg. von Hubert Cancik / Helmuth Schneider, Stuttgart, Weimar 1996, 267–273 (267) und Ludger Schwarte, *Philosophie der Architektur*, München 2009, 264. Zur Bedeutung des Stadtplatzes generell ebd. 171–172. Zur Bedeutung der Agora für die Polis Tonio Hölscher, *Öffentliche Räume in frühen griechischen Städten*, Heidelberg, 2. Aufl. 1998, 29 ff.

20 Vorländer (Fn. 1), 116–117. Merkel (Fn. 2), 16–17. Schwarte (Fn. 19), 316–326.

21 Vgl. Michael Walzer, *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*, Berlin 1992, 38. Tobias Prüwer, *Welt aus Mauern. Eine Kulturgeschichte*, Berlin 2018, 21.

22 So lange sich indes noch kein universell verbindliches Zeitregime etablierte, werden einer Herrschaft über die Zeit ihre Grenzen beim Versuch sie in ein anderes Zeitregime zu übertragen aufgezeigt. Exemplarisch offenbarte sich die Machtlosigkeit des europäischen Zeitregimes beim Versuch es auf China zu übertragen. Als Instrument zur Zeitrechnung war die mechanische Uhr Europas in China praktisch bedeutungslos. Carlo M. Cipolla erklärt diesen Umstand mit der Struktur und den Bedürfnissen der chinesischen Gesellschaft. Neben der gebildeten Elite stand die Masse an Bauern, für die Zeit nicht in Stunden und Minuten, sondern in Tagen und Jahren gemessen wurde. Carlo M. Cipolla, *Gezählte Zeit. Wie die mechanische Uhr das Leben veränderte*, Berlin 2011, 104–114. Politische Macht kam dem europäischen Zeitregime in diesem speziellen Fall auf andere Art und Weise zu. Als begehrte Geschenke öffneten Uhren den Europäern den Zugang nach China. Die mechanische Uhr wurde somit zu einem Mittel Zugang zu Machthabern zu erhalten. Ebd. 104 und 118. Zur Thematik des Zugangs zum Machthaber Carl Schmit, *Gespräche über die Macht und den Zugang zum Machthaber*, Stuttgart 2008, 21–23.

23 Rüdiger Safranski, *Zeit. Was sie mit uns macht und was wir aus ihr machen*, Frankfurt a. M. 4. Aufl. 2018, 90–92. Die durch Julius Caesar im antiken Rom vorgenommenen Vereinheitlichung der Zeit hatte etwa zur Folge, dass von nun an die genaue Beachtung der Zeit als Ausweis von Bildung und Macht aufgefasst wur-

tel politischer Autonomie.²⁴ Schließlich geht die Etablierung und Durchsetzung eines Zeitregimes mit der Entmachtung von zeitlichen Nebenordnungen einher und hat dadurch Teil an der Etablierung moderner Staatlichkeit.²⁵

Zweitens ist Herrschaft auf Zeit ein Wesenskern insbesondere der Demokratie.²⁶ Bestimmungen zur Amtszeit der zu wählenden Repräsentanten oder der Legislaturperiode von Parlamenten gehören untrennbar zu einer demokratischen Verfassung. Dagegen scheint die Jahrhunderte währende Praxis dynastischer Thronfolge dem Prinzip von Herrschaft auf Zeit zunächst zu widersprechen. Der König ist tot, lang lebe der König ist die Formel, mit der dynastische Kontinuität pointiert zusammengefasst wurde.²⁷ Doch greift Herrschaft auf Zeit auch hier in Form etwa mahnender *vanitas*-Stillleben oder dem Rad der Fortuna: alles bleibt vergänglich. Nicht nur der eigene Körper, sondern auch Ruhm und Ehre, Macht und Herrschaft.²⁸ Wer sich den *qualità de'tempi* nicht anzupassen vermag, dessen Untergang sei gewiss.²⁹

de. Arno Borst, *Computus. Zeit und Zahl in der Geschichte Europas*, Berlin 2. Aufl. 2013, 21. Cipolla (Fn. 22), 43–44.

24 Vgl. hierzu etwa die symbolische Bedeutung von Stadtturm und Stadtglocke. Gerhard Dohrn-van Rossum, *Die Geschichte der Stunde. Uhren und moderne Zeitrechnung*, München, Wien 1992, 185–186.

25 Das Scheitern einer solchen Durchsetzung ist beispielsweise in den protestantischen Teilen Deutschlands zu beobachten. In ihnen wurde die gregorianische Reform des julianischen Kalenders bis 1700 abgelehnt, da es sich um eine päpstliche Zeitrechnung handele. Heinz Schilling, 1517. *Weltgeschichte eines Jahres*, Bonn 2017, 20. Der französische Revolutionskalender wiederum entmachtete jedwedes kirchliche Zeitregime, indem er den Sonntag durch die Etablierung eines Dezimalsystems mit neun in der Woche aufeinanderfolgenden Werktagen negiert und erst den zehnten Wochentag als Ruhetag festsetzt. Vgl. Michael Meinzer, *Der französische Revolutionskalender (1792–1805). Planung, Durchführung und Scheitern einer politischen Zeitrechnung*, München 1992, 46–47.

26 Gisela Riescher, Politik und Zeit, in: *Lexikon der Politik. Bd. 1: Politische Theorien*, hg. von Dieter Nohlen, Frankfurt a. M., Wien 1995, 445–453 (447). Als der Demokratie wesenseigen weist auf den Grundsatz der Herrschaft auf Zeit und dem mit ihm verbundenen Prinzip parlamentarischer Diskontinuität auch das Bundesverfassungsgericht hin. Innerhalb der Vorgaben des Grundgesetzes können spätere Gesetzgeber daher „Rechtsetzungsakte früherer Gesetzgeber revidieren“, um „dem durch die Wahl zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes“ Rechnung zu tragen. BVerfGE 141,1, 21–22. Zur Frage der Amtszeit gewählter Repräsentanten klassisch etwa Hamilton, Alexander / Madison, James / Jay, John: *Die Federalist-Artikel. Politische Theorie und Verfassungskommentar der amerikanischen Gründungsväter. Mit dem englischen und deutschen Text der Verfassung der USA*. Herausgegeben von Angela Adams und Willi Paul Adams, Paderborn, München, Wien, Zürich 1994, 319–320.

27 Ernst H. Kantorowicz, *Die zwei Körper des Königs. Eine Studie zur politischen Theologie des Mittelalters*, München 1990, 36–37. Zur Übertragung fürstlicher Körperlichkeit auf das Parlament Philip Manow, *Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation*, Frankfurt a. M. 2008, 37–53.

28 Exemplarisch für das Genre etwa Antonio de Pereda *Der Traum des Ritters* von 1655. Vgl. hierzu Norbert Schneider, *Stillleben. Realität und Symbolik der Dinge. Die Stillebenmalerei der Frühen Neuzeit*, Köln 2003, 80–81. Zum Rad der Fortuna beispielsweise Claudia Brink, Fortuna, in: *Politische Ikonographie. Ein Handbuch. Bd. I: Abdankung bis Huldigung*, hg. von Uwe Fleckner / Martin Warnke / Hendrik Ziegler, München 2014, 353–359 (353–354).

29 Niccolò Machiavelli, *Il Principe / Der Fürst. Italienisch / Deutsch. Übersetzt und herausgegeben von Philipp Rippel*, Stuttgart 1986, 191–197. Niccolò Machiavelli, Von Fortuna. Für Giovan Battista Soderini, in: *Niccolò Machiavelli. Dichter-Poeta. Mit sämtlichen Gedichten deutsch / italienisch*, hg. von Dirk Hoeges, Frankfurt a. M. 2006, 114–119.

Drittens vollzieht sich Politik in der Zeit.³⁰ In der europäischen Mythologie und Kulturgeschichte sind Politik und Zeit aneinander gebunden. Erst mit dem Verlassen des für ihn zeitlosen Gartens Eden eröffnet sich dem Mensch ein Handlungsraum, gelegen zwischen Genesis und Apokalypse, zwischen Anfang und Ende der Zeit.³¹ Innerhalb dieses dem Menschen gegebenen Zeitraums wird das Erkennen des *kairos* und der *occasione*, das Erkennen des rechten Augenblicks, der günstigen Gelegenheit, mit politischer Deziision verbunden.³² Demgegenüber wird seit ihrer Darstellung durch Ambrogio Lorenzetti auch die Mäßigung (*temperantia*) und das Absehen von einer übereilten Entscheidung mit der Zeit assoziiert.³³ In diesen Zusammenhang gehört, dass Politik vom Moment des Innehaltens zehrt. Selbst wenn von Politik nicht mehr verlangt wird als die Kapazität zu kollektiv verbindlichen Entscheidungen, wird dieser Moment des Innehaltens benötigt, da die Klärung von etwas Ungewissem Voraussetzung dafür ist, von einer Entscheidung sprechen zu können.³⁴ Ohne diese Überführungsleistung im Moment des Innehaltens gibt es folglich kein Entscheiden und Politik schwindet dahin. Erst dieser Moment macht politisches Entscheiden möglich, da sonst alles Handeln alternativ- weil zeitlos wird.³⁵ Man bliebe verhaftet in der Diktatur des Jetzt, die sich in einer hektischen Jagd nach der nächsten sich bietenden Gelegenheit äußert. Da Vergangenes bereits gewesen und Zukünftiges noch nicht ist, bleibt allein die flüchtige Gegenwart.³⁶ Möglich wird eine Entscheidung zwischen Alternativen daher erst im Aufbrechen dieser Hast durch Innehalten, Zaudern und Zögern.

30 Riescher (Fn. 26), 451.

31 Siehe 1. Mose 2,17 und 1. Mose 3,19. Mit seiner Zeitlichkeit wird der Mensch erst im postlapsarischen Zustand konfrontiert, da die gegenüber Adam und Eva ausgesprochene Todesdrohung von Gott nicht oder nicht unmittelbar umgesetzt wird. Erst im auf den Sündenfall folgenden Zustand wird dem Menschen seine Sterblichkeit bewusst. Claus Westermann, Genesis. 1. Teilband. Genesis 1–11, Biblischer Kommentar Altes Testament (hg. von Siegfried Herrmann / Hans Walter Wolff), Bd. I/1, Neukirchen-Vluyn 3. Aufl. 1983, 305–306 und 362–363.

32 Brigitte Schaffner, Kairos (Καῖρός), in: *Der neue Pauly. Enzyklopädie der Antike. Altertum. Bd. 6: Iul-Lee*, hg. von Hubert Cancik / Helmuth Schneider, Stuttgart, Weimar 1999, 138–139 (138). Niccolò Machiavelli, Von der Gelegenheit. Für Filippo de' Nerli, in: *Niccolò Machiavelli. Dichter-Poeta. Mit sämtlichen Gedichten deutsch/italienisch*, hg. von Dirk Hoeges, Frankfurt a. M. 2006, 137–138.

33 Borst (Fn. 23), 106.

34 Niklas Luhmann, *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 2000, 83 f. Claus von Bormann, Entscheidung (griech. κρίσις, lat. decisio, dän. afgørelse), in: *Historisches Wörterbuch der Philosophie. Bd. 2: D-F*, hg. von Joachim Ritter, Basel, Stuttgart 1972, 541–544 (541).

35 Joseph Vogl, *Über das Zaudern*, Zürich, Berlin 2014, 42–44. Byung-Chul Han, *Duft der Zeit. Ein philosophischer Essay zur Kunst des Verweilens*, Bielefeld 12. Aufl. 2015, 103–104. Die zumindest zeitweilige Bedeutung zögernden Handelns für die Politik erkennt mit Niccolò Machiavelli auch ein entschiedener Verfechter politischen Deziisionismus' an. Vgl. hierzu Machiavellis Ausführungen zu Fabius Maximus *cunctator*. Niccolò Machiavelli, *Discorsi. Gedanken über Politik und Staatsführung. Deutsche Gesamtausgabe. Übersetzt, eingeleitet und erläutert von Rudolf Zorn. Mit einem Geleitwort von Herfried Münkler*, Stuttgart 3. Aufl. 2007, III,9, 326–328.

36 Vgl. Aurelius Augustinus, *Bekenntnisse. Aus dem Lateinischen übertragen und mit einer Einführung von Wilhelm Thimme*, München 11. Aufl. 2010, 312–315. Erläuternd hierzu etwa Kurt Flasch, *Augustin. Einführung in sein Denken*, Stuttgart 4. Aufl. 2013, 269–277.

Des Weiteren ist der Moment zögernden Innehaltens nicht nur eine Bedingung für das Ermöglichen von politischen Entscheidungen, sondern ist zeitphilosophisch auch eine Voraussetzung für Zukunft. In der analytischen Zeitphilosophie hat sich die Unterscheidung von sogenannten A-Reihen oder Geschichtlichkeit (Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft) und B-Reihen oder Chronologie (vorher, gleichzeitig, nachher) etabliert.³⁷ Während mit A-Reihen ein lineares Geschichtsverständnis mit offener Zukunft bezeichnet wird, sind B-Reihen durch eine zirkuläre Abfolge von Prozessen gekennzeichnet.³⁸ Als idealtypisches Paradigma für die zeitphilosophische Unterscheidung von A- und B-Reihen kann auf die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge der Französischen und industriellen Revolution verwiesen werden. In diesem Zeitraum vollzieht sich eine Beschleunigung sozialen Wandels, die dazu führt, dass soziale Praktiken, die für die in einer Agrargesellschaft lebenden Großelterngeneration noch galten, für die in der Industriegesellschaft lebenden Enkel keine Relevanz mehr besitzen.³⁹ Übertragen auf das zuvor Geschilderte hat die Unterscheidung von Geschichtlichkeit und Chronologie zur Folge, dass eine am Diktat des Jetzt orientierte Politik, die den Moment zögernden Innehaltens ausspart, ihre Urteile anhand der Gegebenheiten des Ist-Zustands fällt. Von diesem Zustand aus werden alle weiteren Ereignisse in Relation gesetzt, sind daher vorher, gleichzeitig oder nachher. Zukunft ist einer solcherart strukturierten Form von Politik folglich wesensfremd, weil sie ihr keine eigene Bedeutung zuschreiben kann. Das Künftige bliebe lediglich in Relation zum Gegenwärtigen fassbar. Es fehlt an einem Soll-Zustand, der als Orientierungspunkt den Weg in die Zukunft weisen kann.

III. Auswirkungen der gestörten Wahrnehmung von Zeit und Raum

Diese die Politik fundamental formenden Dimensionen sind einem Prozess der Beschleunigung unterworfen, der sie mehr und mehr aus den Fugen geraten lässt. Beschleunigung ist hierbei nicht als ein temporales Phänomen zu verstehen. Physikalisch wird Zeit nicht beschleunigt, sie vergeht ebenso schnell oder langsam wie seit jeher. Beschleunigung entsteht durch eine Vermehrung gleichzeitig oder in kürzerer Folge zu bewältigender Ereignisse.⁴⁰

Der Beschleunigung erzeugende Prozess der Vermehrung setzte mit der industriellen gleichwie mit der Französischen Revolution ein. Die industrielle Revolution

37 John McTaggart Ellis McTaggart, Die Irrealität der Zeit, in: *Klassiker der modernen Zeitphilosophie*, hg. von Walther Ch. Zimmerli und Mike Sandbothe, Darmstadt 1993, 67–86 (68).

38 Gunter Weidenhaus, *Soziale Raumzeit*, Berlin 2015, 32.

39 Hartmut Rosa, *Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer Kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit*, Berlin 6. Aufl. 2018, 22. Weidenhaus (Fn. 38), 33 und 198.

40 Safranski (Fn. 23), 107.

brachte durch Innovationen im Transportwesen, in der Telekommunikation und der Maschinisierung der Produktion unter anderem ein Schrumpfen des Raumes mit sich.⁴¹ Räumliche Distanzen konnten nun schneller überwunden werden. Durch die Notwendigkeit, beispielsweise Fahrpläne zu synchronisieren, bewirkte sie weiter eine Vereinheitlichung von Zeitsystemen. Schließlich sorgte sie für eine nachhaltige Veränderung des Sozialverhaltens. Der Mensch hatte sich dem Zeitdiktat der Maschinen zu unterwerfen, er wurde zur Pünktlichkeit gezwungen, konnte sich die Arbeit nicht mehr selbst einteilen.⁴² Die Ablösung der Agrar- durch die Industriegesellschaft verschiebt damit die dominante Zeitordnung fort von Chronologie hin zu Geschichtlichkeit. Bestimmend für die Alltagswirklichkeit der Menschen werden nun weniger prozesshaft sich wiederholende Abläufe im Sinne von Chronologie, sondern lineare Veränderungen im Sinne von Geschichtlichkeit. Durch diese Verschiebung lebt die Generation der Enkel im Zeitalter der Industrialisierung in einer systematisch anderen Welt als die Generation der Großeltern.⁴³

Einen Beschleunigungsschub bewirkte auch die Französische Revolution. Sie übertrug auf die Politik, was einst der Religion vorbehalten war: An die Stelle eines jenseitigen Heilsversprechens trat die an die Politik gerichtete Erwartung auf persönliche Befreiung und soziale Verbesserung.⁴⁴ Mit dem Wegbrechen einer auf das Jenseits verweisenden Endzeit erhalten wiederum Gegenwart und Zukunft eine ungleich größere Dringlichkeit. Nun hat Politik im Diesseits zu liefern, was dereinst die Religion für das Jenseits versprach.⁴⁵ In Gelassenheit die Welt wahrzunehmen wie sie ist, eben nur als Welt, ist damit kein mögliches Mittel des Umgangs mit der Erfahrung von Beschleunigung mehr.⁴⁶ Das Wegfallen einer Endzeit lässt das Jetzt zur Dauerkrise werden. Ohne ein am Ende der Zeit tagendes Weltgericht, wird jeder Tag zum Jüngsten. Jede Situation ist vom gleichen Zwang zu Entscheiden geprägt, da es kein jenseitiges Urteil mehr

41 Vgl. bezüglich den Abweichungen dieser neuen Beschleunigungsformen von vorherigen Paul Virilio, *Revolutionen der Geschwindigkeit*, Berlin 1993, 7–8. In anderer Qualität und Quantität kann ein Schrumpfen des Raums infolge von Beschleunigungsprozessen beispielsweise bereits durch die Etablierung des Postwesens im Europa der Frühen Neuzeit beobachtet werden. Schilling (Fn. 25), 68.

42 Karl Marx / Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, *MEW*, Bd. 4, Berlin 1972, 465. Paul Lafargue, *Das Recht auf Faulheit. Zurückweisung des „Rechts auf Arbeit“ von 1848. Aus dem Französischen übersetzt von Ute Kruse-Ebeling*, Stuttgart 2018, 7–8. Borst (Fn. 23), 131–132. Safranski (Fn. 23), 89–92. Han (Fn. 35), 22. Virilio (Fn. 41), 7–8.

43 Weidenhaus (Fn. 38), 33 und 198.

44 Safranski (Fn. 23), 112–113. Jörke (Fn. 13), 34–35. Vgl. hierzu auch die Entwicklung des Sozialstaats. Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 3. Aufl. 2002, 459–463.

45 Safranski (Fn. 23), 144. Han (Fn. 35), 36.

46 Rosa (Fn. 39), 110–111. Beispielhaft dafür sein Los in christlicher Gelassenheit anzunehmen Augustinus Ratschläge an die Bewohner des 410 n. Chr. von Alarichs Westgoten geplünderten Roms. Aurelius Augustinus, *Vom Gottesstaat (De civitate Dei)*. *Vollständige Ausgabe in einem Band. Buch 1 bis 10. Buch 11 bis 22. Aus dem Lateinischen übertragen von Wilhelm Thimme. Eingeleitet und kommentiert von Carl Andresen*, München 2007, I,10, 18–22.

über richtig und falsch gibt. Die Krise des Politischen wird damit nicht als einmaliger sich beschleunigender Vorgang offenbart, sondern als Resultat eines langwirkenden Prozesses im Sinne des eingangs vorgestellten semantischen Krisenmodells Kosellecks.⁴⁷

Als Ergebnis der umschriebenen Mehrung der Ereignisse beginnen sich Zeit und Raum aufzulösen. Selbst fern liegende Ereignisse rücken nun in das nahe Blickfeld.⁴⁸ Die aus dieser Nähe erzeugte Verdichtung bewirkt zugleich, dass einzelne Ereignisse nicht mehr getrennt voneinander betrachtet werden können.⁴⁹ Und so erodiert das Vertrauen in die Konstanz des von einer Gemeinschaft beanspruchten und eingenommenen Raums. Die zu beobachtende Errichtung neuer Grenzbefestigungen etwa dient vor diesem Hintergrund als psychopolitische Behelfskonstruktion, mittels der dem ungewiss gewordenen Raum wieder Konstanz gegeben werden soll.⁵⁰

Zugleich ist auch die Erfahrung des Raums innerhalb der Außengrenzen eines Gemeinwesens einem den sozialen Zusammenhalt verändernden Wandel unterzogen. In Analogie zum psychopolitischen Agieren an den Außengrenzen wird auch der öffentliche Raum mit gleichsam psychopolitischen Maßnahmen befestigt: Betonsperren, sichtbare Militärpräsenz oder Videoüberwachung sind Ausdruck eines modernen Gesellschaften Eigen gewordenen Polizeifetisch.⁵¹ Transparenz und Überwachung lassen auch den privaten Schutzraum der eigenen vier Wände porös werden und verwischen so die Trennung von *oikos* und *polis*.⁵² Ein Prozess, der durch die digitalen Medien vorangetrieben wird, da sie neue und weitere Möglichkeiten der Überwachung und Transparenz generieren und deren Nutzer zugleich dazu neigen Privates in Öffentliches zu verwandeln.⁵³

An Stabilität verliert schließlich auch der für demokratische Politik notwendige parlamentarische Raum. Beschleunigung bewirkt Nähe auch fernliegender Ereignisse. Nebenfolge einer globalisierten Welt ist daher die Stärkung der Exekutive auf Kosten der Legislative, da Lösungsvorschläge globaler Probleme zumeist intergouvernemental ausgehandelt werden. Über das einmal Ausgehandelte wird im parlamentarischen Raum in der Regel nur noch in Gänze abgestimmt, ohne am eigentlichen Aushandlungsprozess beteiligt gewesen zu sein.⁵⁴ Eine weitere Schwächung erfährt der par-

47 Koselleck (Fn. 12), 207–208.

48 Paul Virilio, *Die Verwaltung der Angst*, Wien 2011, 32. Virilio (Fn. 41), 56.

49 Virilio (Fn. 48), 22.

50 Wendy Brown, *Mauern. Die neue Abschottung und der Niedergang der Souveränität*, Berlin 2018, 9–11.

51 Michael Zinganel, *Auf Angst gebaut, Aus Politik und Zeitgeschichte* 17 (2010), 33–38 (36–37). Loïc Wacquant, *Die verdammten der Stadt. Eine vergleichende Soziologie fortgeschrittener Marginalität*, Wiesbaden 2018, XXXIX–XL.

52 Byung-Chul Han, *Transparenzgesellschaft*, Berlin 2012, 72–73. Wolfgang Sofsky, *Verteidigung des Privaten. Eine Streitschrift*, Bonn 2007, 23.

53 Andreas Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Bonn 2018, 238.

54 Reimund Seidelmann, Außenpolitik, in: *Lexikon der Politik. Bd. 6: Internationale Beziehungen*, hg. von Dieter Nohlen, Frankfurt a. M. 1994, 42–49 (47–48). Christoph Möllers, *Gewaltengliederung. Legitimation*

lamentarische Raum dadurch, dass Beschleunigung zu einer Gefährdung der verfassungsmäßigen Ordnung der Demokratie werden kann. Durch ihre Verfassung sollten die Fähnrisse der Zeit für politische Ordnungsformen zumindest reduziert und dem politischen Raum eine Verankerung gegeben werden. Idealerweise soll eine Verfassung auf Dauer gelten. Sie soll nicht den Wechselläufen der Zeit und des politischen Alltagsgeschäfts unterworfen sein.⁵⁵ Die Störung von Zeit und Raum aber wirft die Verfassung durch die Gefahr einer Verstetigung ausnahmezustandsähnlicher Lagebeschreibungen aus ihrer Zeitlosigkeit. Beschleunigung vermag demokratische Verfassungsinhalte zu gefährden, weil die Demokratie durch Beschleunigung an Funktionsfähigkeit zu verlieren droht. Wenn Not zur Eile drängt, hinken Parlamente hinterher und nicken Entscheidungen nur noch ab.⁵⁶

Aus der Krise des Politischen resultiert somit die Krise der Demokratie. Auch Demokratien erfahren die Auswirkungen von Beschleunigung. Durch Beschleunigung bedingte Veränderungen von Zeit und Raum können sich Demokratien nicht entziehen, reagieren darüber hinaus seit jeher sensibler auf derartige Veränderungen als nicht-demokratische Formen politischer Ordnung.⁵⁷ Entscheidungsprozesse sind in Demokratien zeitintensiver, weil abhängig etwa von vergangenen oder erwarteten künftigen Wahlergebnissen, parlamentarischen Abläufen oder der Deliberation im öffentlichen Raum.⁵⁸

Die zeitlichen Folgen der Beschleunigung treiben das Skizzierte weiter voran. In der Augenblicklichkeit der Ereignisse löst sich die Dreiteilung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auf.⁵⁹ Was bleibt ist die Orientierung am Jetzt und der von ihm ausgehenden Unterscheidung von vorher, gleichzeitig und nachher (B-Reihe). Mit der an

und Dogmatik im nationalen und internationalen Rechtsvergleich, Tübingen 2005, 359–363. Safranski (Fn. 23), 119. Exemplarisch hierfür etwa die unklare Beteiligung nationaler Parlamente an den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP. Davor Jančić, TTIP and Legislative-Executive Relations in EU Trade Policy, *West European Politics* 1 (2017), 202–221 (202).

55 Hierzu etwa Gisela Riescher, *Zeit und Politik. Zur institutionellen Bedeutung von Zeitstrukturen in parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystemen*, Baden-Baden 1994, 89–90. Obgleich das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland anfänglich nur als temporäres Provisorium verstanden worden ist, weist es eine Bestandsgarantie für die demokratischen Grundlagen der Bundesrepublik auf, die der Zeit entzogen werden (Art. 79(3) GG). Im Wortlaut der ursprünglichen Präambel des Grundgesetzes ist von Geltung nur für eine Übergangszeit die Rede. Hierin spiegelt die Präambel den medizinischen Ursprung des Worts Verfassung als veränderlicher Zustand des Körpers wider. Vgl. Heinz Mohnhaupt, Verfassung (II.), *Konstitution, Grundgesetz*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Bd. 6: *St-Vert*, hg. von Otto Brunner / Werner Conze / Reinhart Koselleck, Stuttgart 1990, 831–862 (832).

56 Hartmut Rosa, *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt a. M. 2005, 394–396 und 407–410. Hartmut Rosa, *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*, Berlin 2016, 376.

57 Zur räumlichen Dimension der Demokratie Jörke (Fn. 13), 10–13. Ferner auch bereits Charles-Louis de Secondat de Montesquieu, *Vom Geist der Gesetze*. In *neuer Übertagung eingeleitet und herausgegeben von Ernst Forsthoff*. Bd. 1, Tübingen 1951, VIII, 19, 175.

58 Riescher (Fn. 55), 86–88. Rosa (Fn. 39), 79–80.

59 Virilio (Fn. 48), 76. Safranski (Fn. 23), 79.

die Politik gerichteten Erwartung auf eine bessere Zukunft aber ist eine an Geschichtlichkeit (A-Reihe) orientierte Form politischer Ordnung gefordert. Beschleunigung lässt so ein paradoxes Nebeneinander von Gleichzeitigkeit und Chronologie entstehen.

Die Permanenz der Gegenwart verschärft sich nicht zuletzt im Zuge der Digitalisierung. Im Digitalen verschwimmen die Grenzen von Raum und Zeit. Das Hier und Jetzt ist in ihm bestimmend, weil der Momentcharakter des Neuen das Digitale dominiert und derart den Bezug zu Vergangenheit wie Zukunft schwächt.⁶⁰ Eine Grundlage politischen Entscheidens im öffentlichen Raum, das zögernde Abwägen von Alternativen, droht in der flüchtigen Aufmerksamkeitsstruktur des Digitalen verlorenzugehen.⁶¹ Verloren auch, weil in der globalisierten Permanenz digitaler Gegenwart Alternativen nicht mehr ohne weiteres zur Verfügung gestellt werden. Eine Vereindeutigung der Welt einerseits,⁶² ein Auseinanderdriften des öffentlichen Raums in eine Vielzahl unverbunden nebeneinander stehender Räume andererseits.⁶³ Derart wird das Potential des Virtuellen, einen egalitären Kommunikationsraum zu erschaffen, durch die Zentralisierung all der in ihm zu vernehmenden Botschaften unterlaufen.⁶⁴

IV. Zur Bewertung der Störung von Zeit und Raum

Wie kann den im Vorherigen umrissenen Krisensymptomen begegnet werden? Hängt man einer optimistischen Sichtweise an, so wird man womöglich versucht sein, das Vorherige nicht als Krise zu bezeichnen, da der Befund unzutreffend sei. Gerade der technische Fortschritt führe nicht zu Beschleunigung, sondern zu Entschleunigung, da durch Automatisierung Zeit freigesetzt werde.⁶⁵ In diesem Sinne kann auch der die Moderne mitgestaltende Prozess der Rationalisierung gedeutet werden. Angetrieben von einem Telos der Optimierung ist dieser Prozess unter anderem eine Reaktion auf die Knappheit der Ressource Zeit. Durch Rationalisierung werde Zeit wieder freigesetzt, da Resultate nun schneller erreicht werden können. Diese Freisetzung von Zeit

60 Han (Fn. 35), 66. Reckwitz (Fn. 53), 241–242.

61 Rosa (Fn. 39), 80–81.

62 Thomas Bauer, *Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt*, Stuttgart 6. Aufl. 2018, 84–85.

63 Cass R. Sunstein, *#Republic: Divided Democracy in the Age of Social Media*, Princeton 2017, 59–60. Reckwitz (Fn. 53), 261–262. In diesen beiden Phänomenen zeigt sich, dass Virilio mit seiner Aussage wonach Geschwindigkeit Relativität und Relativität das Politische sei, zu widersprechen ist, da die durch Beschleunigung erzeugte Geschwindigkeit eben keine dem Politischen zugrundeliegende Relativität bewirkt. Virilio (Fn. 48), 27.

64 Jürgen Habermas, *Ach Europa: Kleine politische Schriften XI*, Frankfurt a. M. 2008, 161–162.

65 Auf die paradoxen Folgen technischen Fortschritts weist etwa Hartmut Rosa hin. Rein logisch erhöhe technischer Fortschritt die Verfügungsmöglichkeit über Zeit, tatsächlich führt er aber zu einer weiteren Verknappung von Zeit. Rosa (Fn. 39), 30–32.

ist indes ergebnisoffen. Indem Zeit eingespart wird, kann der Prozess der Rationalisierung Entschleunigung erwirken, weil ein Resultat mit weniger Zeitaufwand erreichbar wird. Er kann aber auch beschleunigend wirken, weil die freigewordene Zeit mit der Umsetzung neuer Resultate gefüllt wird. Ausschlaggebend wird daher der Umgang mit der freigewordenen Zeit.⁶⁶ Weil wir sie nicht verlieren wollen und sie mit unseren alltäglichen Beschäftigungen füllen, haben wir keine Zeit.⁶⁷ Folglich bestehe ein Problem – wenn überhaupt – beim Anwender technischer Hilfsmittel. Ließen wir uns alle mehr Zeit, wäre das Problem gelöst.⁶⁸ Ausgeblendet wird damit der Einfluss fremder Systemlogiken auf die Politik: nicht nur auf den Politiker, sondern auch auf den Bürger und auf die von der Politik zu bearbeitenden Aufgaben – dies insbesondere, wenn Politik mehr sein soll als nur auf Herausforderungen reagierend, sie vielmehr auch schützend oder gestaltend wirken soll. Dann wirkt die Beschleunigung der Arbeitswelt oder der Finanzmärkte auf Politik ein. Der Krisenbefund bleibt demnach bestehen.

Optimistisch könnte weiter eingewandt werden, dass die wehrhafte Demokratie sich behaupten wird, wie sie es auch schon in vergangenen Krisen getan habe. Analytisch widerspricht dies aber dem Befund, dass wir eben keine Krise im Sinne eines „einmaligen sich beschleunigenden Vorgang[es]“⁶⁹ erleben, sondern eine sich über die Geschichte erstreckende prozesshafte Krise, die deshalb nicht ohne weiteres mit vorherigen Krisen vergleichbar ist. Hinzu kommt, dass Demokratie eine paradoxe politische Ordnungsform darstellt: Einerseits benötigt der Moment demokratischer Deliberation Zeit. Insofern ist die Demokratie verlangsamend. Andererseits ist der Demokratie ein begrenzter Zeithorizont zu eigen, die Herrschaft auf Zeit, die zu einer Befriedigung der Bedürfnisse des Augenblicks neigt.⁷⁰ Demgemäß bewirkt Demokratie selbst Beschleunigung.

Demokratie daher weiter zu beschleunigen, damit sie ihrerseits mit der allgemeinen Beschleunigung Schritt halten kann, ist ein Irrweg.⁷¹ Zwar können Entscheidungsprozesse in der Demokratie beschleunigt werden, derart ist sie zu schnellem Entschluss fähig, doch erfolgt eine solche Erhöhung des Entscheidungstempos nicht zu Gunsten zeitaufwändiger Diskussion im öffentlichen und parlamentarischen Raum.⁷² Die Zunahme der

66 Reckwitz (Fn. 53), 28–32.

67 Martin Heidegger, *Die Grundbegriffe der Metaphysik. Welt – Endlichkeit – Einsamkeit*, Gesamtausgabe, Bd. 29/30, Frankfurt a. M. 1983, 195.

68 Han (Fn. 35), 69–73. Vgl. diesbezüglich auch Lafargue (Fn. 42), 30.

69 Koselleck (Fn. 12), 207.

70 Vgl. Vorländer (Fn. 1), 116. Borst (Fn. 23), 13.

71 Rosa (Fn. 39), 81–82. Münkler (Fn. 13), 118. Vgl. auch den Ausblick auf die Amtseinführung eines künftigen US-Präsidenten im Jahre 2053 bei Runciman (Fn. 10), 220–222.

72 Für die Frage der Messbarkeit von Entscheidungstempi im Gesetzgebungsprozess der Bundesrepublik Deutschland siehe grundlegend Jasmin Riedl, *Time to Legislate. A Database to Analyse the Temporal Dynamics of the German Legislature*, in: *Electronic Participation. 10th IFIP WG 8.5 International Conference, ePart 2018 Krams, Austria, September 3–5, 2018, Proceedings*, hg. von Noella Edelman / Peter Parycek / Gianluca Misuraca / Panos Panagiotopoulos / Yannis Charalabidis / Shefali Virkar, Charm 2018, 117–128 (120–123).

Ereignisdichte führt vielmehr zu einer „Zeitkrise des Politischen“, die „das Risiko zum Regelfall der Politik“ werden lässt.⁷³ Durch die Auflösung von Vergangenheit und Zukunft hat die Risikogesellschaft Vergangenheit und Zukunft in sich aufzunehmen. Die Wiederkehr von vermeintlich Vergangenen und die Vorsorge vor potentiell Zukünftigem lässt Risiko fortwährend gegenwärtig sein.⁷⁴ Zwar ist in Risiken nicht allein die Gefahr zu sehen etwas zu verlieren, sondern auch die Möglichkeit gegeben etwas zu gewinnen.⁷⁵ Doch damit die kontingente Natur von Risiken gewinnhaft bewältigt werden kann, gilt es, einen Moment wahrer Entscheidung herbeizuführen, der auf mehr als nur Entscheidungsdruck beruht. Jedweder Gewinn droht sonst Resultat bloßen Zufalls zu sein. Die Begeisterung der Anhänger des *accelerationism* für die Folgen von Beschleunigung ist daher nicht zu teilen. Sie verkennen die Bedeutung eines ruhenden Moments nicht allein für die Demokratie, sondern für Politik generell.⁷⁶ Eine Beschleunigung der Demokratie stellt daher keine Lösung dar, sie gießt lediglich Öl ins Feuer.

Nötig erscheint daher ein Aufhalter, ein *katéchon*,⁷⁷ der die Folgen der Beschleunigung zumindest mildert und neuerlichen Halt gibt. Auf den ersten Blick kann die Herausforderung durch den Populismus vermeintlich als solch ein *katéchon* wirken. Durch den Populismus gestört wird vormals als alternativlos Verstandenes wieder dem politischen Diskurs zugeführt. Vermeintlich etablierte politische Verfahren sind neuerlich zu begründen und zu verteidigen, obwohl es den Anschein hatte, sie seien konsensual anerkannt und dem politischen Diskurs dadurch entzogen.⁷⁸ Den skizzierten Folgen der Beschleunigung wird damit jedoch nicht begegnet. Zwar könne als positiver Effekt für die Demokratie notiert werden, dass rechtspopulistische Parteien in Teilen eine mobilisierende Wirkung entfalten, die einen Anstieg der Wahlbeteiligung nach sich ziehe,⁷⁹ für die Demokratie ist dies aber nur dann ausreichend, wenn mit dem Wahlakt der Demokratie bereits Genüge getan ist, der Bürger also seine Stimme abgegeben hat und danach verstummt.⁸⁰ Ist von der Demokratie jedoch mehr als ein solcher Mini-

73 Karl-Rudolf Korte, Beschleunigte Demokratie: Entscheidungsstress als Regelfall, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7 (2012), 21–26 (21).

74 Safranski (Fn. 23), 78–79.

75 Wolfgang Bonß, Die Rückkehr der Unsicherheit: Zur gesellschaftstheoretischen Bedeutung des Risikobegriffs, in: *Risikoforschung zwischen Disziplinarität und Interdisziplinarität. Von der Illusion der Sicherheit zum Umgang mit Unsicherheit*, hg. von Gerhard Banse, Berlin 1996, 165–184 (167–168).

76 Siehe die Skizze der Diskussion um *accelerationism* bei Runciman (Fn. 10), 198–202. Zu den Vorboten des *accelerationism* ist der Lobpreis der Beschleunigung und der Geschwindigkeit im Futurismus zu betrachten. Etwa bei Filippo Tommaso Marinetti, Manifest des Futurismus, in: *Futurismus. Geschichte, Ästhetik, Dokumente*, hg. von Hansgeorg Schmidt-Bergmann, Reinbek bei Hamburg 1993, 75–80 (77–78).

77 2. Thess. 2,7. Klassisch zum *katéchon* Schmitt (Fn. 16), 28–30.

78 Zum politikaversen Habitus vor allem der bürgerlichen Mitte etwa Christoph Möllers, Wir, die Bürger(lichen), *Merkur* 71 (2017), 5–16 (5–6).

79 Stefan Haußner / Arndt Leininger, Die Erfolge der AfD und die Wahlbeteiligung: Gibt es einen Zusammenhang?, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 1 (2018), 69–90 (89).

80 Vgl. hierzu etwa das Demokratiemodell von Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Einführung von Eberhard K. Seifert*, Tübingen, Basel 7. Aufl. 1993, 416–417 und 427–428.

malismus gefordert, ist ihr damit noch nicht Genüge getan. Ebenso ist auch die den Populismus prägende Etablierung selbstreferenzieller Systeme im öffentlichen Raum für die Demokratie als ungenügend zu erachten.⁸¹

Gilt Beschleunigung als Ereignissteigerung bedeutet dies, dass mittels eines *katéchon* die Zahl der Ereignisse reduziert werden muss, um Zeit und Raum zurückzugewinnen. Reduzierbar ist jedoch nicht jede Ereignisart. Politische Ereignisse können nicht reduziert werden. Einerseits, da deren Tagesordnung nicht in Gänze kontrollierbar ist. Globale Interdependenzen ebenso wie die Information über globale Geschehnisse können dazu nötigen, über Ereignisse zu entscheiden, die nicht der eigenen Kontrolle unterliegen. Andererseits, da politische Ereignisse – will man die Demokratie stärken – nicht ohne weiteres dem demokratischen Verfahren entzogen werden können, ohne die Demokratie zu beschädigen. Potentiell reduzierbar sind jedoch Ereignisse solcherart, über die ein Gemeinwesen befinden kann und die zugleich maßgeblich zur Beschleunigung beitragen.

Dies betrifft vorrangig die durch die Arbeitswelt erzeugten Ereignisse. Ein „Imperativ der Arbeit“⁸² aufgrund dessen vorrangig „bezahlte Arbeitszeit als funktional sinnvoll verbrachte Zeit angesehen wird“⁸³ ist für die gegenwärtige Krise ein maßgeblicher Faktor.⁸⁴ Die Flexibilisierung der Arbeitswelt kann daher eine Entzerrung der Ereignisdichte und damit sogar eine Revitalisierung der Demokratie ermöglichen. Als demokratische Konsequenz wird erst ein sicheres Grundeinkommen aller dem Geist der Demokratie gerecht⁸⁵ und ein anderer Umgang mit den durch die Beschleunigung verknappten Ressourcen von Zeit und Raum ermöglicht.⁸⁶

Als Alternative zu einem sicheren Grundeinkommen aller ist der Mindestlohn in Betracht zu ziehen. In seiner gegenwärtigen Form und dem Verständnis des mit ihm zu Bewirkenden erweist sich der Mindestlohn jedoch nicht als geeignete Antwort auf das hier geschilderte Erfordernis, eine Reduktion der durch Arbeit erzeugten Ereignisse zu erwirken. Geeignet wäre der Mindestlohn dann, wenn mit ihm kein Mindestmaß bemessen würde, sondern er sich auf einem Niveau befände, das seinen Beziehern eine Reduktion ihrer für Arbeit aufgebrauchten Zeit ermöglichen würde. Doch ist dies dem Mindestlohn und der mit ihm verbundenen Intention wesensfremd. Der Mindestlohn

81 Kai Hirschmann, *Der Aufstieg des Nationalpopulismus. Wie westliche Gesellschaften polarisiert werden*, Bonn 2017, 193–196.

82 Han (Fn. 35), 8.

83 Eva Douma, *Sicheres Grundeinkommen für alle. Wunschtraum oder realistische Perspektive?* Bonn 2018, 84–85.

84 Rosa (Fn. 39), 35–38. Safranski (Fn. 23), 114–115.

85 Sascha Liebermann, *Demokratische Konsequenz*, in: *Soziale Zukunft. Das Bedingungslose Grundeinkommen. Die Debatte*, hg. von Philipp Kovce, Stuttgart 2017, 95–105 (105).

86 Harald Welzer, *Zeitenwende*, in: *Soziale Zukunft. Das Bedingungslose Grundeinkommen. Die Debatte*, hg. von Philipp Kovce, Stuttgart 2017, 207–209 (208–209).

orientiert sich an einem „angemessenen Mindestschutz“.⁸⁷ Der Imperativ der Arbeit soll durch ihn nicht infrage gestellt werden. Ebenso wird auch die anthropologische Prämisse nicht infrage gestellt, ob der Mensch zur Arbeit gezwungen werden muss, ob dieser Zwang zum Lohnerwerb also primärer Antrieb zur Aufnahme von Arbeit ist.⁸⁸ Durch eine Neuausrichtung des mit dem Mindestlohn verbundenen Lohnniveaus könnte indes eine Reduktion der durch Arbeit erzeugten Ereignisdichte erreicht werden, so dass auch über Mittelwege zwischen einem sicheren Grundeinkommen und der gegenwärtigen Situation, wie eine Verringerung von Arbeitszeit, nachzudenken möglich wäre.

In der kontrovers geführten Debatte um ein sicheres Grundeinkommen aller finden sich kritische Stimmen etwa zu Fragen der Finanzierbarkeit,⁸⁹ den Auswirkungen auf unser Verständnis von Arbeit,⁹⁰ Professionalität⁹¹ und zu anthropologischen Prämissen generell.⁹² Mit Gewissheit ausschließen lässt sich nicht, dass ein sicheres Grundeinkommen etwa dazu führt, dass infolge der ins Diesseits verlagerten Heilserwartung hedonistisches Handeln bestärkt wird.⁹³ Ein sicheres Grundeinkommen beinhaltet also das Risiko politischen Partizipationswillen aufzulösen, weil das Streben nach Erlebnissen wirkmächtiger sein könnte. Der Wegfall von durch die Arbeitswelt erzeugten Ereignissen demzufolge dazu genutzt wird nach immer neuen Singularitätsgütern zu streben.⁹⁴

Ferner ergibt sich aus einem sicheren Grundeinkommen noch keine direkte Stärkung des parlamentarischen Raums. Die zuvor umrissenen Erschwernisse parlamentarischer Tätigkeit werden durch ein sicheres Grundeinkommen nicht direkt tangiert. Nach wie vor gilt es sich mit den im parlamentarischen Raum zu bewältigenden Ereignissen auseinanderzusetzen. Potentiell gestärkt hingegen wird der öffentliche Raum und die Möglichkeit zu politischer Information und Diskussion in ihm. Indirekt kann sich die Stärkung des öffentlichen Raums sodann auch auf den parlamentarischen Raum auswirken, indem eine Lösung nicht nur für die Probleme mangelnder Zeit,

87 § 9 (2) Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz – MiLoG).

88 Liebermann (Fn. 85), 101. Otfried Höffe, Arbeit für alle, in: *Soziale Zukunft. Das Bedingungslose Grundeinkommen. Die Debatte*, hg. von Philipp Kovce, Stuttgart 2017, 59–70 (65).

89 Douma (Fn. 83), 125 ff. Guido Raddatz, Das bedingungslose Grundeinkommen – ein nachhaltiges Versprechen, *List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik* 1 (2014), 37–64 (59–62).

90 Raddatz (Fn. 89), 53–54. Höffe (Fn. 88), 67. Daniel Binswanger, Frei von Arbeit?, in: *Soziale Zukunft. Das Bedingungslose Grundeinkommen. Die Debatte*, hg. von Philipp Kovce, Stuttgart 2017, 23–25 (24).

91 Etwa Ralf Stegner, Wider die menschliche Natur, in: *Soziale Zukunft. Das Bedingungslose Grundeinkommen. Die Debatte*, hg. von Philipp Kovce, Stuttgart 2017, 164–172 (169–170) oder Sahra Wagenknecht, Gute Arbeit, in: *Soziale Zukunft. Das Bedingungslose Grundeinkommen. Die Debatte*, hg. von Philipp Kovce, Stuttgart 2017, 191–206 (203–205).

92 Raddatz (Fn. 89), 53–54. Enno Schmidt, Zeitgeist und Menschenbild, in: *Soziale Zukunft. Das Bedingungslose Grundeinkommen. Die Debatte*, hg. von Philipp Kovce, Stuttgart 2017, 144–159 (149).

93 Rosa (Fn. 39), 39–41.

94 Reckwitz (Fn. 53), 141–143.

mangelnder Muße und des Erwerbszwangs angeboten wird, sondern auch für das Problem mangelnder Abkömmlichkeit. Die Stärkung des öffentlichen Raums stärkt den parlamentarischen Raum somit indirekt durch eine Erhöhung des Reservoirs der in den parlamentarischen Raum gewählten Repräsentanten.⁹⁵ Überdies wirkt eine indirekte Stärkung des parlamentarischen Raums dadurch, dass der Öffentlichkeit Existenzängste genommen werden können, wodurch der Druck zu beschleunigtem Handeln aus dem parlamentarischen Raum in Teilen entweichen kann.⁹⁶ Im Zuge der im Vorherigen skizzierten Säkularisierungsprozesse löst sich die Verbindung religiösen und kapitalistischen Zeitverschwendungsverbots auf.⁹⁷ War ökonomischer Erfolg einstmals noch Zeichen für gewährte göttliche Gnade, bricht diese Gewissheit weg. An die Stelle religiös begründeter Sicherheit – der Gewissheit bereits im Diesseits erkennbarer göttlicher Gnade – tritt die tatsächliche oder auch nur vermeintliche Versicherung des Geldes gegen die Risiken einer kontingenten Zukunft.⁹⁸ Eine derart ungewiss gewordene Zukunft erhöht Existenzängste potentiell, wenn Zukunft nicht mehr ins Jenseits verlagert wird, sondern auch mittels des Verfügens über Geld schon im Diesseits zu bewältigen ist. Ein sicheres Grundeinkommen kann somit dabei helfen solche Ängste zu lindern.

Weiter stimmen die Beobachtungen für die positive Wirkung eines sicheren Grundeinkommens hoffnungsvoll, dass gerade jene sich politisch engagieren, die über Zeit verfügen. Rentner, Pensionäre und Vorruehändler, aber auch Schüler. Jene also, die sich nicht mehr oder noch nicht auf dem Arbeitsmarkt behaupten müssen.⁹⁹ Sie nutzen die Möglichkeit, im öffentlichen Raum politisch zu partizipieren. Nicht zuletzt ist hierin ein Hinweis auf die Relevanz von Zeit zur Bildung und Weiterbildung für die Demokratie zu erkennen. Dass die Demokratie Demokraten und eine entsprechende Bildung ihrer Bürger benötige, wurde bereits in Antike und Mittelalter hervorgehoben.¹⁰⁰ Nichts hat sich an der Bedeutung dieses Befundes verändert.¹⁰¹ Eine Antwort

95 Dolf Sternberger, *Der Staat des Aristoteles und der unsere, Schriften*, Bd. IV, Frankfurt a. M. 1980, 49–51

96 Rosa (Fn. 56), *Beschleunigung*, 407–409. Rosa (Fn. 56), *Resonanz*, 730–731.

97 Max Weber, *Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen. Politik. Mit einer Einleitung von Eduard Baumgarten. Herausgegeben und erläutert von Johannes Winckelmann*, Stuttgart 1956, 359.

98 Weidenhaus (Fn. 38), 209.

99 Hierzu etwa Sabrina Oesterle / Monica Kirkpatrick Johnson / Jeylan T. Mortimer, *Volunteerism during the Transition to Adulthood: A Life Course Perspective*, *Social Forces* 3 (2004), 1123–1149 (1138–1141). Felix Butzlaff, *Die neuen Bürgerproteste in Deutschland. Organisatoren – Erwartungen – Demokratiebilder*, Bielefeld 2016, 34–36.

100 Aristoteles, *Politik. Schriften zur Staatstheorie. Übersetzt und herausgegeben von Franz F. Schwarz*, Stuttgart 2003, VIII,1, 1337a, 369. Albertus Magnus, *Politicorum libri VIII, Opera omnia. Cura ac labore Augusti Borgnet*, Bd. 8. Paris 1891, 751 und 756. Klaus Bernath, *Bildung als politische Aufgabe. Bemerkungen zum Politik-Kommentar Alberts des Großen*, in: *Albert der Große. Seine Zeit, sein Werk, seine Wirkung*, hg. von Albert Zimmermann, Berlin, New York 1981, 134–140 (137–138). Schmid (Fn. 16), 61–62.

101 Aufmerksam auf die Bedeutung demokratischer Bildung machte jüngst etwa Mounk (Fn. 9), 279–280.

auf die Krise der Demokratie liegt somit eben nicht in der Einführung epistokratischer Elemente und Gremien,¹⁰² sondern in der Ermöglichung zu lebenslangem Lernen.

An den Anfängen der Demokratie steht das antike Athen. Eine Gesellschaft, deren Bürger durch die Arbeit ihrer Frauen, Sklaven und die Zahlung von Diäten zur politischen Reflexion und Partizipation freigestellt wurden.¹⁰³ Wer mit seiner eigenen Hände Arbeit seinen Lebensunterhalt erwirtschaften müsse, der könne kein Bürger sein, nicht am Regieren und Regiert-Werden teilnehmen.¹⁰⁴ So Aristoteles, so aber auch Immanuel Kant, der als Bürger nur jene anerkannte, die ihre Kräfte nicht veräußern müssen um zu leben.¹⁰⁵ In diesem Sinne bietet ein sicheres Grundeinkommen aller durch eine Rückbesinnung auf die Anfänge der Demokratie die Möglichkeit der gegenwärtigen Krise der Demokratie beizukommen.

102 Exemplarisch ist hier die Einführung eines epistokratischen Rats mit Vetorecht gegen die politischen Entscheidungen des Wahlvolks genannt. Jason Brennan, *Gegen Demokratie: Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen*, Berlin 2017, 370–371.

103 Die Bedeutung der Sklaven für die Demokratie in Athen einordnend Jochen Bleicken, *Die athenische Demokratie*, Paderborn, München, Wien, Zürich 4. Aufl. 1995, 112–114. Der Sklave, ein belebtes Besitztum, dem Werkzeug vergleichbar, würde allerdings in jenem Moment überflüssig, an dem das Werkzeug auf einen Befehl hin sein Werk selbst vollführt. Die Arbeitskraft des Sklaven somit verzichtbar werde. Aristoteles (Fn. 100), I,4, 1253b, 81. Zur Bedeutung der Diäten für die Demokratie: Jochen Bleicken, aaO., 329–337. Darauf hinweisend, dass es neben der Arbeit der Sklaven nicht minder, sogar noch mehr, die Arbeit der Frauen war, die den (männlichen) Bürgern politische Partizipation ermöglichte Angela Pabst, *Die athenische Demokratie*, München 2003, 94. Zu den ökonomischen Tätigkeiten der Frauen Sarah B. Pomeroy, *Frauenleben im klassischen Altertum*, Stuttgart 1985, 106–111.

104 Aristoteles (Fn. 100), III,1, 1275a, 154–157 und III,5, 1277b–1278a, 164–165.

105 So sei der Friseur im Gegensatz zum Perückenmacher kein Bürger, da er nur durch Veräußerung seiner Kräfte leben kann, während der Perückenmacher durch Veräußerung des von ihm gefertigten Produkts lebt. Immanuel Kant, *Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis*, *Werke* (hg. von Wilhelm Weischedel), Bd. 11, Frankfurt a. M. 1968, A246–247, 151.